

Große Anfrage

der Abgeordneten Claudia Nolte, Ilse Falk, Dr. Maria Böhmer, Maria Eichhorn, Anke Eymmer, Dr. Sissy Geiger (Darmstadt), Josef Hollerith, Hubert Hüppe, Dr. Michael Luther, Ronald Pofalla, Susanne Rahardt-Vahldieck, Kersten Wetzler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink, Uta Würfel, Ina Albowitz, Dr. Gisela Babel, Norbert Eimer (Fürth), Hans A. Engelhard, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Sigrid Hoth, Dr. Bruno Menzel, Lisa Peters, Dr. Eva Pohl, Cornelia Schmalz-Jacobsen, Arno Schmidt (Dresden), Dr. Christoph Schnittler, Marita Sehn, Dr. Sigrid Semper, Dr. Dieter Thomae, Ingrid Walz, Dr. Cornelia von Teichman und der Fraktion der F.D.P.

Situation der Jugend in Deutschland

Der Achte Jugendbericht hat auf die zunehmende Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse in der Gesellschaft aufmerksam gemacht. Traditionelle Verhaltensmuster der Elterngeneration werden hinterfragt, die Entscheidungsfreiheit Jugendlicher ist größer geworden, aber auch der Zwang, sich entscheiden zu müssen. Die Jugendzeit hat sich zu einem eigenen, über ein Jahrzehnt erstreckenden Lebensabschnitt entwickelt.

Durch die Wiedervereinigung Deutschlands ist besonders für Jugendliche der neuen Bundesländer eine neue Situation entstanden, die sowohl mehr Freiheiten ermöglicht als auch Unsicherheiten verursacht.

Es ist immer schwieriger geworden, sich von der heutigen Jugendgeneration und ihren spezifischen Problemen ein einheitliches Bild zu machen.

Jüngste Jugendstudien ergeben, daß die Jugend optimistischer eingestellt sei als noch vor zehn Jahren. Die No-Future-Generation gehöre endgültig der Vergangenheit an. Auf der anderen Seite werden wir täglich mit den besorgniserregenden Gewalttaten mancher Jugendlicher konfrontiert.

Dieses sich scheinbar widersprechende Bild läßt es wichtig erscheinen, sich näher und eingehender mit den Einstellungen, Bedürfnissen und Sorgen der Jugend zu beschäftigen, um damit gleichzeitig den Ursachen der Gewaltbereitschaft näher zu kommen und ihnen politisch begegnen zu können.

In der jugendpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 12. Dezember 1991 wurden bereits wichtige Fragen aufgeworfen, an die diese Anfrage anknüpfen soll.

Wir fragen die Bundesregierung:

Sozialdaten

1. Wie viele junge Menschen leben in der Bundesrepublik Deutschland in den Altersgruppen
 - 14 bis 17 Jahre,
 - 18 bis 20 Jahre,
 - 21 bis 24 Jahre,
 - 25 bis 27 Jahre,

getrennt nach Geschlecht sowie alten und neuen Bundesländern (Angaben in absoluten Zahlen und Prozent)?

2. Welchen Anteil haben daran behinderte Jugendliche (Angaben aufgeschlüsselt wie in Frage 1)?
3. Wie groß ist die Zahl der jungen Aussiedler (Angaben aufgeschlüsselt wie in Frage 1)?
4. Wie hoch ist der Anteil ausländischer Jugendlicher (Angaben aufgeschlüsselt wie in Frage 1 und nach Herkunftsland)?

Wie viele von ihnen sind in der Bundesrepublik Deutschland geboren?

5. Wie hoch ist der Anteil junger Menschen, die in ländlichen Gebieten, in Städten bis 200 000 Einwohnern und in Großstädten mit über 200 000 Einwohnern leben (Angaben aufgeschlüsselt wie in Frage 1)?
6. Wie groß ist die Zahl der Eheschließungen, der Scheidungen, der nichtehelichen Lebensgemeinschaften bei jungen Menschen in den in Frage 1 genannten Altersgruppen?
7. Wie viele der Jugendlichen haben eigene Kinder?

Sind dabei Unterschiede in den letzten zehn Jahren festzustellen?

Familie

8. Unterscheiden sich Jugendliche in den alten und neuen Bundesländern bei der Familiengründung?
Wenn ja, worauf ist das zurückzuführen?
9. Hat die Anzahl eigener Haushalte Jugendlicher zugenommen?
Wenn ja, worauf ist das zurückzuführen?
10. Welche Wertvorstellungen verbinden Jugendliche mit den Begriffen Familie und Ehe?
11. Wie sieht die ökonomische Situation von Familien mit Kindern und Jugendlichen aus?

Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung Familien?

12. Wieviel freie Zeit verbringen Mütter und Väter durchschnittlich täglich mit ihren Kindern?
13. Wirkt sich die zunehmende Erwerbstätigkeit beider Elternteile bzw. des alleinerziehenden Elternteils auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus?
14. Welche Probleme ergeben sich für Jugendliche, deren Eltern eine neue Partnerschaft eingegangen sind, beim Zusammenleben mit Kindern aus einer anderen Ehe?
15. Sind der Bundesregierung Fälle von unerlaubter Kinderarbeit bekannt?
Wie häufig kommt dies vor?
Welche Gründe gibt es dafür?
16. Ist eine Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes erforderlich?
17. Welchen Einfluß hat die Vergangenheitsbewältigung in den neuen Bundesländern auf die Beziehungen von Eltern zu ihren Kindern?

Schule

18. Wieviel Prozent der Jugendlichen, getrennt nach deutschen und ausländischen Jugendlichen, besuchen
 - Grundschulen/Sonderschulen,
 - Hauptschulen,
 - Realschulen,
 - Gymnasien,
 - Gesamtschulen,
 - Fachhochschulen,
 - Universitäten?Wie hoch ist der Mädchen- bzw. Frauenanteil?
19. Wie hoch ist dabei der Anteil derjenigen, die ein Internat oder eine Privatschule besuchen (aufgeschlüsselt nach Schultypen)?
Wie viele Jugendliche verlassen die jeweilige Schulform ohne Abschluß?
20. Sind in den letzten zehn Jahren – abhängig vom jeweiligen Schultyp – Veränderungen im sozialen Verhalten und in der Lernmotivation der Schüler festgestellt worden?
Wenn ja, worin werden die Ursachen gesehen, und wie wird dem begegnet?
21. Haben sich die Lehr- und Erziehungsmethoden in den letzten Jahren geändert?
22. Welche Einstellungen haben Schüler zur Schule?
Was wird positiv, was wird negativ bewertet?

Ausbildung und Beruf

23. Welche Berufe werden von weiblichen bzw. männlichen Jugendlichen bevorzugt?

Stimmen sie mit den tatsächlich ergriffenen Berufen überein?

Welche Ansprüche stellen Jugendliche an den ausgeübten bzw. angestrebten Beruf?

Haben sich im Verlauf der letzten zehn Jahre Änderungen im Berufswahlverhalten Jugendlicher ergeben?

24. Wieviel Prozent der Jugendlichen haben in den vergangenen zehn Jahren eine Ausbildungsförderung durch den Bund oder die Länder erhalten?

Wie hoch war der Anteil derjenigen, die ihre Ausbildung vollständig oder teilweise selbst zu finanzieren hatten, und auf welche Art und Weise taten sie das?

25. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung des Verhältnisses von Lehre und Studium in den letzten zehn Jahren?

Werden Anstrengungen von den Landesregierungen unternommen, um wieder mehr Jugendliche für eine berufliche Bildung zu interessieren?

26. Wie beurteilt die Bundesregierung die nach Umfragen bessere Studierfähigkeit von Abiturienten aus den neuen Bundesländern trotz deren kürzerer Schulzeit?

Welche Gründe sieht sie dafür?

27. Wie stellt sich durch den Zusammenschluß beider deutscher Staaten die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation für Jugendliche in den alten und neuen Bundesländern dar?

Konnten die Jugendlichen einen Ausbildungs- bzw. einen Arbeitsplatz ihrer Wahl im gewünschten Ort finden?

28. Worauf ist es nach Einschätzung der Bundesregierung zurückzuführen, daß trotz spezieller Förderprogramme für Mädchen in sog. „Männerberufen“ diese sich nach wie vor auf traditionelle „Mädchenberufe“ konzentrieren?

Welche speziellen Fördermaßnahmen für die Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen gibt es?

29. Welche Rolle mißt die Bundesregierung der Begabtenförderung in der beruflichen Bildung bei?

Freizeit

30. Wieviel Freizeit steht jungen Menschen in Ost und West in den Altersgruppen 14 bis 17, 18 bis 24 und 25 bis 27 Jahre zur Verfügung (getrennt nach Geschlecht)?

31. Welches sind die zehn häufigsten Freizeitbeschäftigungen von Jugendlichen (Angaben wie in Frage 30)?

Hat es in den letzten zehn Jahren Veränderungen in der Freizeitgestaltung gegeben, und wenn ja, worin liegen diese begründet?

Gibt es Unterschiede zwischen Ost und West und zwischen weiblichen und männlichen Jugendlichen?

32. Wie wirken sich die wirtschaftliche und soziale Situation Jugendlicher aus Ost und West auf deren Freizeitverhalten aus?
33. Welchen Stellenwert nehmen die Freizeitangebote der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe für Jugendliche ein?

Jugend und Umwelt

34. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Einstellung von Jugendlichen zum Schutz von Natur und Umwelt?

Gibt es insoweit Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen?

Wie bewertet die Bundesregierung die vorliegenden Daten?

35. Welche Erfahrungen gibt es mit dem Thema Umwelterziehung in der Schule?
36. Welche aus Bundes- oder Landesmitteln geförderten Institutionen gibt es, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Jugendliche zu umweltverträglichem Handeln zu ermutigen, und wie werden sie finanziert?
37. Welche Ansätze bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung, Umwelterziehung über Medien zu vermitteln?

Sind in dieser Richtung Initiativen der Bundesregierung geplant?

Soziales Engagement

38. Hat es in den letzten zehn Jahren Veränderungen in der Bereitschaft Jugendlicher gegeben, sich ehrenamtlich zu engagieren?

Wenn ja, wo liegen die Gründe dafür?

Gibt es Unterschiede zwischen Ost und West und zwischen weiblichen und männlichen Jugendlichen?

39. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das soziale Engagement junger Menschen stärker zu fördern?
40. Wie viele Jugendliche haben in welchen Bereichen in den Jahren 1985 bis 1992 ein Freiwilliges Soziales Jahr geleistet?
Wie bewerten die Jugendlichen selbst, und wie bewertet die Bundesregierung die damit gemachten Erfahrungen?
41. Wie viele Jugendliche haben im Rahmen des Modellprogramms seit 1987 ein Freiwilliges Ökologisches Jahr geleistet?

Wie werden die Erfahrungen bewertet?

42. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, neben dem Freiwilligen Sozialen Jahr und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr ein Freiwilliges Entwicklungspolitisches Jahr zu gestalten?

Politische Bildung

43. Wie hoch war die Wahlbeteiligung junger Menschen bei den letzten Bundestagswahlen, und welche der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wurden von den jungen Menschen gewählt (getrennt nach Geschlecht, alten und neuen Bundesländern und Altersgruppen 18 bis 24, 25 bis 27 Jahre)?
44. Wie hat sich die Mitgliedschaft Jugendlicher in politischen Parteien und deren Jugendorganisationen – soweit diese im Deutschen Bundestag vertreten sind – in den letzten zehn Jahren und für den Osten ab 1990 entwickelt (Angaben wie in Frage 43 und nach Parteien und Organisationen)?
45. Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngsten Jugendstudien, die von einer „Politikverdrossenheit“ und „mangelndem Vertrauen“ Jugendlicher in Politiker und Parteien sprechen?

Hat sich nach Auffassung der Bundesregierung das Interesse junger Menschen an Politik und ihre Bereitschaft zu politischem Engagement vermindert?

Wenn ja, worin sieht sie die Gründe, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

46. Wie hoch ist der Anteil junger Menschen, die sich in Bürgerinitiativen und außerhalb von festen Organisationsformen engagieren (getrennt nach Geschlecht)?
47. Wie wird die außerschulische politische Bildung von Bund und Ländern gefördert?

Welche Einrichtungen der überparteilichen politischen Bildung sind der Bundesregierung bekannt, und wie hoch ist der Anteil Jugendlicher, die an solchen Angeboten der politischen Bildung teilgenommen haben?

48. Welche Programme der politischen Bildung gibt es in den neuen Bundesländern?
49. Gibt es spezielle Programme für Mädchen und Frauen?

Zusammenwachsen der jungen Generation in Ost und West

50. Lassen sich nach Kenntnis der Bundesregierung Unterschiede in der Lebenseinstellung, Grundorientierung und Zukunftsperspektive zwischen Jugendlichen aus den alten und neuen Bundesländern feststellen?
51. Wie beurteilt die Bundesregierung das Selbstverständnis der Jugendlichen in den neuen Bundesländern?

Finden sie sich in ihrer neuen Situation zurecht?

Wie ist ihr subjektives Empfinden der Situation?

Wo liegen die größten Probleme?

52. Wie viele Fahrten von Schulklassen von Ost nach West bzw. von West nach Ost gab es im abgelaufenen Schuljahr 1991/1992, und wie viele junge Menschen nahmen daran teil?

Wie wurden diese Fahrten gefördert?

53. Welche sonstigen Maßnahmen und Angebote gibt es für Jugendliche, den jeweils anderen Teil Deutschlands besser kennenzulernen?

Gibt es Programme für Jugendbegegnungen auf kommunaler bzw. auf Länderebene?

Wie viele und welche Fördermittel standen für diese Begegnungen zur Verfügung?

54. Wie viele junge Menschen aus den neuen Ländern leben, arbeiten, absolvieren eine Ausbildung oder studieren heute in den alten Bundesländern und umgekehrt?
55. Was denken die ostdeutschen über die westdeutschen Jugendlichen und umgekehrt?

Integration von jungen Aussiedlern

56. Nach welchen Grundsätzen und mit welchen Schwerpunkten versucht die Bundesregierung, die Eingliederung junger Aussiedler zu erleichtern?
57. Welche Fördermaßnahmen bzw. Programme zur Eingliederung junger Aussiedler gibt es, und wie viele Jugendliche haben sich daran beteiligt (Angaben aufgeschlüsselt wie in Frage 1)?

Welche Erfahrungen und Ergebnisse haben diese Programme erbracht?

58. Wie beurteilen die jungen Aussiedler selbst ihre Integration?
59. Wie hoch war die Garantiefondsförderung in den alten Bundesländern in den letzten zehn Jahren, und wie hoch ist sie für die neuen und alten Bundesländer seit 1990?

Integration von jungen Ausländern

60. Durch welche Maßnahmen und/oder Programme fördern Bund, Länder und Kommunen die Integration ausländischer Jugendlicher?

Gibt es je nach Herkunftsland der jungen Ausländer Unterschiede?

61. Hat die Bundesregierung darüber hinaus spezielle Programme für junge ausländische Mädchen und Frauen entwickelt?

Wenn ja, mit welchen Ergebnissen und Erfahrungen?

62. Wie beurteilen die jungen Ausländer selbst ihre Integration?

63. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegenseitige Toleranz und Hilfsbereitschaft zwischen den deutschen und ausländischen Jugendlichen zu stärken und zu verbessern?

Welchen Erziehungsbeitrag können hier Elternhaus und Schule leisten?

64. Wie sieht die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation für ausländische Jugendliche in Deutschland aus?

Welche Berufe werden hauptsächlich ergriffen (jeweils aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?

65. Gibt es Unterschiede im Freizeitverhalten junger Ausländer im Vergleich zu deutschen Jugendlichen?

Inwieweit spielen Religion und Kultur hierbei eine Rolle?

Spezielle Förderung behinderter Jugendlicher

66. Wie viele behinderte Jugendliche haben die Möglichkeit, zusammen mit Nichtbehinderten Schulen und Ausbildungsstätten zu besuchen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?

Mit welchen Hindernissen bzw. Nachteilen haben Behinderte bei der Ausbildung nach wie vor zu kämpfen, und wie wird diesen Problemen begegnet?

67. Wie hoch ist die Arbeitslosenquote schwerbehinderter Jugendlicher gemessen an der allgemeinen Jugendarbeitslosigkeit (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?

68. Auf welche Weise und in welchem Umfang wird die Eingliederung behinderter Jugendlicher in die Arbeits- und Berufswelt gefördert?

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse dieser Förderung (getrennt nach alten und neuen Bundesländern)?

69. Wie kann die Begegnung von behinderten und nichtbehinderten Jugendlichen ermöglicht werden?

Welche Institutionen bieten sich dafür an?

70. Auf welche Weise wird die berufliche Eingliederung schwerbehinderter Jugendlicher gefördert, die wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung auch nicht nach besonderen Ausbildungsregelungen ausgebildet werden, in einer Werkstatt für Behinderte jedoch unterfordert wären?

71. Häufig bedeutet die Betreuung eines behinderten Kindes oder Jugendlichen gesellschaftliche Isolation der gesamten Familie oder des betroffenen Behinderten.

Was unternimmt die Bundesregierung, um private Initiativen zur Entlastung solcher Familien zu fördern?

72. In welcher Höhe und nach welchen Kriterien stellt die Bundesregierung im Rahmen des Bundesjugendplanes Mittel für Behinderten-Initiativen bzw. für die Arbeit mit Behinderten zur Verfügung?

Gibt es von seiten des Bundes und/oder der Länder speziell entwickelte Programme zur Integration behinderter Jugendlicher?

Jugend und Medien

73. Wie beurteilt die Bundesregierung den Einfluß des immer größer werdenden Medienangebotes auf das Freizeitverhalten Jugendlicher?
74. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten wie auch auf private Sender einzuwirken, um die Ausstrahlung kinder- und jugendgefährdender Sendungen auch nach 23.00 Uhr zu verhindern?
75. Mit welchen rechtlichen, personellen oder finanziellen Mitteln können Institutionen wie z. B. der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften größere Kompetenzen erteilt werden, um der Aufgabe eines wirksamen Jugendschutzes gerecht zu werden?
76. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern Orientierungshilfen zu geben, um negativen Einflüssen durch Gewaltdarstellung in den Medien entgegenzuwirken?

Drogen und Sucht

77. Wie hoch ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtzahl der Alkohol-, Rauschgift- und Medikamentenabhängigen in Deutschland (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?
78. Welche Hauptursachen werden für die Suchterkrankungen genannt?
79. Welche Aufklärungsangebote im Hinblick auf die Gefahren des Suchtmittelmißbrauchs und die örtlichen Hilfsangebote gibt es?
80. Welche Maßnahmen der Suchtprävention werden in Schulen, Betrieben und Jugendzentren durchgeführt (z. B. alkohol- und nikotinfreie Zonen, Schulung von Suchtberatern etc.)?
81. Durch welche Maßnahmen trägt die Bundesregierung der Tatsache Rechnung, daß die Familie der erste und wichtigste Interventionsort für präventive Maßnahmen ist und eine sinnvolle Suchtprävention bereits im Alter von fünf bis sieben Jahren, also in Kindergärten, Kindertagesstätten und Grundschulen, beginnen muß?

Jugendreligionen/Jugendsekten

82. Wie viele Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland beteiligen sich aktiv an Sekten, und bei welchen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?

83. Welches sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für die besondere Anfälligkeit Jugendlicher für Sekten oder sektenähnliche Organisationen?

Ist der Zulauf zu diesen Gruppierungen in den letzten zehn Jahren gestiegen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?

Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahren in den neuen Bundesländern ein?

84. In welchem zeitlichen Rahmen, und mit welchen Zielen beabsichtigt die Bundesregierung, die Erfahrungsberichte der Bund-Länder-Kommission und der bundeszentralen Informations- und Dokumentationsstelle in die Praxis umzusetzen?
85. Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Sekten wie z. B. Scientology, die als Wirtschaftsunternehmen ohne öffentliche Bilanzen, ohne Steuerzahlungen arbeiten, die Gemeinnützigkeit und den Vereinscharakter abzuerkennen?

Gewalt und Kriminalität

86. Wie viele Verurteilungen im Zusammenhang mit Straftaten von Jugendlichen in den Bereichen von Eigentums- und Gewaltdelikten gegen Menschen und/oder Sachen erfolgten seit 1982 (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?
87. Wie verteilt sich die Häufigkeit gewalttätiger Übergriffe auf die einzelnen Altersgruppen, und sind geschlechtsspezifische Unterschiede zu erkennen?
- Welche Rolle spielt die Gleichaltrigengruppe bei der Anwendung von Gewalt?
88. Treten Gewalttätigkeiten an bestimmten Schultypen gehäuft auf, und sind regionale Unterschiede zu beobachten?
- Welchen Einfluß übt dabei schulischer Leistungsdruck aus?
89. Besteht ein Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Gewalttätigkeit?
90. Wie viele Jugendliche waren in den Jahren 1950, 1960, 1970, 1980 und 1990 jeweils dem links- und rechtsextremen Lager zuzurechnen (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)?
91. Wie hoch ist der Anteil politisch motivierter Gewalttaten, getrennt nach links- und rechtsextremen Gruppen?
- Von wie vielen Jugendlichen wird Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele befürwortet oder zumindest gebilligt?
- Gibt es insoweit Unterschiede zwischen Jugendlichen aus den alten und neuen Bundesländern?
92. Welchen Einfluß haben die Medien auf die Gewaltbereitschaft Jugendlicher?
93. Welche Maßnahmen zur Prävention stehen Eltern, Schule und Staat zur Bekämpfung jugendlicher Gewalt zur Verfügung?

94. Welchen Beitrag kann die Jugendarbeit zum Abbau von Gewaltbereitschaft leisten?
95. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die jetzige Gesetzgebung ausreichend ist, um den Gewaltstraftaten angemessen zu begegnen?

Öffentliche Jugendförderung

Förderung durch das Bundesministerium für Frauen und Jugend (BMFJ)

96. Nach welchen Grundsätzen fördert der Bund die Jugendarbeit, und welche inhaltliche Schwerpunktsetzung hält die Bundesregierung für am vordringlichsten?

Wie hoch sind die einzelnen Förderansätze?

Gab es in den letzten zehn Jahren Schwerpunktverlagerungen, und wenn ja, aus welchen Gründen?

97. Wie hat sich der Bundesjugendplan in den Jahren 1950 bis 1993 entwickelt?

Wurden Verschiebungen beim Bundesjugendplan vorgenommen?

Besteht für die Bundesregierung die Notwendigkeit, die jetzige Struktur des Bundesjugendplanes zu verändern?

98. Wie hat sich im Vergleich zur institutionellen Förderung die zunehmende projektbezogene Förderung bewährt?

Programm zum Aus- und Aufbau von Trägern der freien Jugendhilfe in den neuen Bundesländern (AFT-Programm)

99. Welche Schwerpunkte weist das AFT-Programm auf, und welche freien Träger haben nach welchen Kriterien Mittel erhalten?

Welche besondere Berücksichtigung fanden kleinere Verbände in den neuen Bundesländern?

100. Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg des AFT-Programms?

Welche Auswirkungen hat die Halbierung der für das AFT-Programm in 1993 zur Verfügung stehenden Mittel?

101. Ist an den weiteren Ausbau dieses Programms gedacht, und welche Anstrengungen wurden von seiten der neuen Länder unternommen?

Programm gegen Aggression und Gewalt

102. Welche Schwerpunkte beinhaltet das Programm?

103. Wie beurteilt die Bundesregierung den Nutzen dieses Programms?

Können die angestrebten Ziele mit den vorhandenen Mitteln erreicht werden?

104. Wie und in welcher Weise soll das Programm erhalten bzw. ausgebaut werden?

Programm zum Informations-, Beratungs-, Fortbildungsdienst Jugendhilfe (IBFJ-Programm)

105. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse und Erfahrungen des IBFJ-Programms?
106. Wer wurde aus diesem Programm gefördert, und wer hat daran teilgenommen?
- Ist an eine Weiterführung dieses Programms auch über 1994 hinaus gedacht?

Programm zur Multiplikatoren Fortbildung Tageseinrichtungen für Kinder (MFT-Programm)

107. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem MFT-Programm gemacht, und denkt sie an einen Ausbau dieses Programms?

Förderungen auf Bundesebene außerhalb des BMFJ

108. Welche Maßnahmen der Jugendförderung gibt es außerhalb des BMFJ auf Bundesebene, und bei welchen Ressorts sind diese angesiedelt?
- Welche Schwerpunkte setzen diese Programme, und an welchen Personenkreis sind sie gerichtet?
- Wie hoch ist der Anteil Jugendlicher, der sich daran beteiligt?
109. Hat es in den letzten zehn Jahren Schwerpunktverlagerungen bei diesen Programmen gegeben?
- Wenn ja, aus welchen Gründen?
110. Gibt es innerhalb und/oder außerhalb des BMFJ spezielle Programme für Mädchen und junge Frauen?

Förderung auf Landesebene

111. Welche inhaltlichen Schwerpunkte setzen die Länder bei der Jugendförderung?
112. Welche Programme und Fördermöglichkeiten haben die einzelnen Bundesländer neben den Landesjugendplänen?
- Wieviel Prozent des Landeshaushaltes der einzelnen Länder machen die Ausgaben für den Jugendbereich aus?
113. Wie hoch ist der Anteil am Landeshaushalt der einzelnen Länder an Ausgaben und Mitteln für investive Maßnahmen im Jugendbereich?
114. Wie schätzen die Landesregierungen der neuen Länder die Entwicklung im Bereich der offenen Jugendarbeit ein?
115. Welche Erfahrungen konnten mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz gemacht werden?
- Welche Unterschiede gibt es zwischen neuen und alten Ländern?

116. Wie viele Jugendeinrichtungen gibt es in Gemeinden und Städten bis 50 000, 50 000 bis 100 000, 100 000 bis 200 000 und über 200 000 Einwohner?

Sind diese Angebote ausreichend, wenn nicht, wie kann die Situation verbessert werden (aufgeschlüsselt nach alten und neuen Bundesländern)?

117. Welche Fortschritte wurden mit der Übereignung von Liegenschaften des Bundes zum Zwecke der Jugendarbeit an neue Bundesländer, Landkreise, Kommunen und freie Träger der Jugendarbeit gemacht?

Wie viele Anträge wurden gestellt, und wie viele Übertragungen wurden vollzogen?

Wie wird nach Erkenntnissen der Bundesregierung mit Jugendeinrichtungen verfahren, die sich als ehemalige betriebliche Jugendeinrichtungen in Treuhandbesitz befinden?

Internationale Jugendarbeit

118. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einstellung Jugendlicher zu Europa?

Gibt es hier Unterschiede im Europabewußtsein zwischen weiblichen und männlichen Jugendlichen der alten und neuen Bundesländer?

119. Welche Fördermaßnahmen führen Bund, Länder und Kommunen durch, um Jugendlichen die Bedeutung Europas für ihre Zukunft im Rahmen der europäischen Einigung zu verdeutlichen?

Welchen Umfang haben diese Programme?

Gibt es spezielle Zielgruppen (Auszubildende, junge Arbeitnehmer, Arbeitslose, junge Frauen)?

120. Welche Austauschprogramme gibt es auf europäischer bzw. außereuropäischer Ebene, und wie werden Jugendliche darüber informiert?

In welcher Höhe und nach welchen Kriterien fördert die Bundesregierung derartige Austauschprogramme?

121. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um Schulklassenfahrten nach Brüssel und Straßburg zu fördern, um Jugendliche auf diese Weise vor Ort mit der Arbeit der europäischen Institutionen vertraut zu machen und sie für Europa zu interessieren?

122. Wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit der bilateralen Jugendwerke, und in welchem Maße haben Jugendliche an ihren Angeboten in den letzten zehn Jahren teilgenommen?

123. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten der Ausweitung des Jugendaustausches zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ländern Mittel- und Osteuropas?

Ist daran gedacht, beim Aufbau der Strukturen der Jugendarbeit in Mittel- und Osteuropa finanzielle, aber auch inhaltliche und personelle Hilfe zu leisten?

Bonn, den 4. Mai 1993

Claudia Nolte
Ilse Falk
Dr. Maria Böhmer
Maria Eichhorn
Anke Eymer
Dr. Sissy Geiger (Darmstadt)
Josef Hollerith
Hubert Hüppe
Dr. Michael Luther
Ronald Pofalla
Susanne Rahardt-Vahldieck
Kersten Wetzel
Ulrich Adam
Jürgen Augustinowitz
Hans-Dirk Bierling
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Werner Dörflinger
Jochen Feilcke
Winfried Fockenberger
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Manfred Heise
Dr. Renate Hellwig
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Ernst Hinsken
Georg Janovsky
Karin Jeltsch
Steffen Kampeter
Hartmut Koschyk
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Franz Heinrich Krey
Christian Lenzer
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Wolfgang Meckelburg
Alfons Müller (Wesseling)
Johannes Nitsch
Dr. Rolf Olderog

Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Dr. Peter Paziorek
Hans-Wilhelm Pesch
Franz Romer
Kurt J. Rossmannith
Helmut Sauer (Salzgitter)
Roland Sauer (Stuttgart)
Heinz Schemken
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Dr. Hermann Schwörer
Wilfried Seibel
Bärbel Sothmann
Dr. Hans Stercken
Herbert Werner (Ulm)
Gabriele Wiechatzek
Michael Wonneberger
Wolfgang Zöllner
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
Uta Würfel
Ina Albowitz
Dr. Gisela Babel
Norbert Eimer (Fürth)
Hans A. Engelhard
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Sigrid Hoth
Dr. Bruno Menzel
Lisa Peters
Dr. Eva Pohl
Cornelia Schmalz-Jacobsen
Arno Schmidt (Dresden)
Dr. Christoph Schnittler
Marita Sehn
Dr. Sigrid Semper
Dr. Dieter Thomae
Ingrid Walz
Dr. Cornelia von Teichman
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

